

# LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

**Aktuell**  
Arbeit in M-V

**Verfassung**  
Gewaltfreiheit  
als Staatsziel

**Pro & Kontra**  
Kommunalwahlrecht  
für Nicht-EU-Bürger?

**Anhörung**  
Kita-Förderung

**Jugend**  
Projekttag Israel  
Jugendgeschichte

**Schlossgespräch**  
Kulturerbe in M-V



Jahrgang 17  
9 / 2007



## Inhalt

### Spezial

Schlossgespräch:  
„Kulturschätze in M-V“ 3

### Aus dem Plenum

**Aktuelle Stunde:** 4 – 5

Arbeit in M-V –  
für ein Leben in Würde

**Weitere Themen:** 6 – 11

Änderung der Landesverfassung

Sportförderung

Bericht Integrationsförderrat

Änderung Wassergesetz

Nothafen Darßer Ort

Energiepreise

Pendlerpauschale

Glücksspielstaatsvertrag

Beschlüsse der 16. Ostsee-

parlamentarierkonferenz

**Pro & Kontra** 12

Kommunales Wahlrecht

für Nicht-EU-Bürger?

**Aus den Ausschüssen** 13 – 14

**Finanzausschuss**

Anhörung Kita-Förderung

Anhörung Schuldnerberatung

**Enquetekommission**

Bildung einer Unterkommission

**Petitionsausschuss**

Recherchen vor Ort

**Panorama** 16 – 18

Jugendgeschichtstag

Jugendprojekttag „Israel“

Volkstrauertag

Sternenpatenschaft

Britischer Botschafter

**Schlossgeschichten** 19

Weihnachten am Fürstenhof

### Impressum

Herausgeber:

**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,

Fon: 0385 / 525-2183, Fax: 525 2151,

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit, Claudia Richter

Grundlayout: Sinnecker und Freie

Herstellung:

DELEGO Wirtschaftsverlag Detlev Lüth

Klörsgang 5, 19053 Schwerin

Fon: 03 85 / 48 56 3-0, Fax: 48 56 3-24

Titelbild: Blick über den Burggarten auf  
das Schweriner Schloss.

Bildnachweis:

Balewski (4/1-3, 5/1-5,

Büttner (7/1, 8/1-2, 9/1, 11/1, 13/1)

Cordes (18/3)

Fraktion CDU (12/2, 15/1, )

Fraktion DIE LINKE (12/1)

Kettler (6/1-2, 15/2, 18/2)

Kummer (Titelfoto)

Landtagsverwaltung/Janssen (16/3, 18/1)

Landtagsverwaltung/Richter (2/1, 16/1-2, 17/1)

Landtagsverwaltung/Schlamp (14/1)

Stadtarchiv Schwerin (19/1-2)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

## Einen Schultag lang in Israel zu Gast

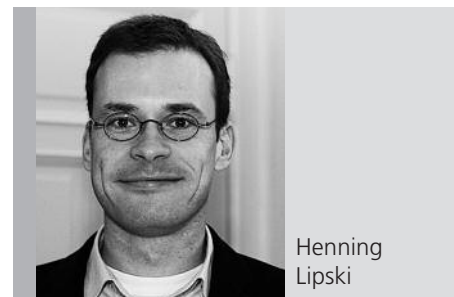
Der Nahost-Konflikt, Selbstmordattentäter, Unruhen im Gaza-Streifen, der Holocaust – daran denken deutsche Schüler spontan, wenn von Israel die Rede ist. Beim Israel-Projekttag im Schweriner Schloss war das nicht anders. Über das Alltagsleben wussten die Schüler dagegen wenig, woher auch?

Welche Musik junge Israelis hören und was sie über Politiker wie Ehud Olmert denken, das alles erfuhren die deutschen Schüler aus erster Hand. „Israel anders kennen lernen“ war das Motto einer ungewöhnlichen Idee von Mitarbeitern der Israelischen Botschaft, Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Bildungsminister Henry Tesch. 170 Schüler und ihre Lehrer von Gymnasien und Regionalschulen in Mecklenburg-Vorpommern haben sich diese einmalige Gelegenheit nicht entgehen lassen. Unterricht in Landeskunde, Geschichte und Religion mal anders.

In vier Seminaren konnten die Schüler in den israelischen Alltag eintauchen.

In dem Workshop „Real life in Israel“ referierte ein israelischer Student in englischer Sprache. Wohl keiner der Schüler hätte vermutet, dass sich die Bürger in Großstädten wie Tel Aviv und Haifa beim Einkaufen einem Sicherheitscheck wie am Flughafen unterziehen müssen. Der Hintergrund: Viele Geschäftsinhaber haben Angst vor Selbstmordattentätern. Ein Beispiel, das einen Alltag voller Spannungen illustriert. Die Schüler ließen sich berieseln von kurzen Filmen, Fotos und israelischer Popmusik. Das alles machte das israelische Leben zwar anschaulich, aber unterdrückte, was in dem Workshop eigentlich im Vordergrund stehen sollte: ein Gespräch.

Ganz anders im Seminar „Aspekte der jüdischen Religion“. Die Schüler waren wissbegierig und wollten mehr über die jüdischen Sitten, Gebräuche und Feste erfahren. Beispielsweise darüber, warum bei einer jüdischen Hochzeit Glas zertreten wird? Es waren grundlegende Punkte, nach denen sich die Schüler erkundigten. Der Landesrabbiner der jüdischen Gemeinde in Hamburg, Dov-Levi Barsilay, gab bereitwillig Auskunft und freute sich über das rege Interesse. Andererseits



Henning  
Lipski

Henning Lipski, geboren in Hamm, studierte an der Universität Bremen Kulturwissenschaft, Germanistik, Kunstwissenschaft und an der Universität Bologna, Italien, Kommunikationswissenschaft. Von 2001 bis 2006 freie Mitarbeit bei Radio Bremen, seit September 2006 Mitarbeiter des Norddeutschen Rundfunks in der Aktuell- und Kulturredaktion im Landesfunkhaus Mecklenburg-Vorpommern.

zeigte er sich erstaunt, wie wenig deutsche Schüler von der jüdischen Religion offenbar wissen. Eine Erfahrung, die solche Projekttag umso mehr rechtfertigt. Erlaubt sein muss in diesem Zusammenhang die Frage: Was lernen die Schüler eigentlich in Geographie und im Religionsunterricht oder besser: Was bleibt von dem hängen?

Der Projekttag bot außerdem die Gelegenheit, einen Bogen zu schlagen vom israelischen Alltagsleben heute zur dunklen jüdischen Vergangenheit in Deutschland.

Die Verwaltung des Landtags hatte den Veranstaltungsort bewusst ausgewählt. Die Reaktion der NPD ließ nicht lange auf sich warten. Die Pressemitteilung mit der Überschrift „Juden im Schweriner Schloss“ hingegen ist beschämend, aber selbst entlarvend genug. Durch ihre Forderung, einen Israel-Tag nicht nur für jüdische Mitbürger einzurichten, sondern den Palästinensern ebenfalls einen Tag unter dem gleichen Motto zu widmen, lenkt die NPD vom eigentlichen Thema ab. Die Reaktion zeigt, dass deren Vertreter gar nichts verstanden haben. Sie haben nicht verstanden, worum es an diesem Tag ging: um Begegnungen, um gegenseitiges Kennenlernen anderer Kulturen, Religionen und um Toleranz. Botschaften, die bei den Schülern ankamen und gelebt wurden. Das allein ist ein gutes Zeichen. Die meisten von ihnen werden zudem schlauer nach Hause gegangen sein, mit einem Israel-Bild im Kopf, das sich nicht auf den Nahost-Konflikt, Selbstmordattentäter und Unruhen im Gaza-Streifen beschränkt. Auch das ist viel wert.

Der Projekttag „Israel anders kennen lernen“ war der erste seiner Art im Landtag. Weitere werden hoffentlich folgen!

**Henning Lipski**

# Märchenschloss soll Welterbe werden

Renommierter Denkmalschützer unterstützt Vorhaben

**Wenn es nach dem Willen von Deutschlands wohl renommiertestem Denkmalschützer geht, dann kommt das Schweriner Schloss sofort auf die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO. Professor Dr. Gottfried Kiesow, Mitbegründer und Vorsitzender der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, geriet beim 9. Schlossgespräch am 28. November im Festsaal geradezu ins Schwärmen, als er vom „Märchenschloss“ zu Schwerin sprach.**

Das Parlament hatte im Oktober die Landesregierung einhellig aufgefordert, Schritte für eine Bewerbung einzuleiten. Jetzt gilt es, Unterstützer für das ehrgeizige Vorhaben zu finden. Bei Prof. Kiesow, so scheint es, rennen die Landtagsabgeordneten offene Türen ein. „Wir freuen uns, in Ihnen einen Mitstreiter zu haben“, stellte auch Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel am Ende seines mit großem Applaus bedachten Vortrags fest. Der bekannte Denkmalschützer, zudem Kuratoriumsmitglied der Deutschen Stiftung Welterbe, habe sich bereits mit Erfolg für die Aufnahme der Hansestädte Wismar und Stralsund in die begehrte UNESCO-Liste eingesetzt, sagte die Vizepräsidentin. In diese Liste aufgenommen zu werden, das sei schon etwas Besonderes, betonte sie im Hinblick auf die geplante Bewerbung mit dem Schloss, das heute Landtag, Museum, Kirche und Gastronomie beherbergt.

„Ich bin ein begeisterter Anhänger des Historismus geworden“, bekannte sich Kiesow zu dem lange unterschätzten Baustil. Schließlich gilt das Schweriner Schloss als herausragendes Beispiel für den Historismus und in seiner Geschlossenheit als einzigartig

in Europa. Es wurde vor 150 Jahren in seiner heutigen Gestalt eingeweiht, Vorgängerbauten auf der Schlossinsel sind jedoch wesentlich älter. Prof. Kiesow riet dazu, das gesamte Umfeld mit Altem Garten, Regierungsbauten und barockem Schlossgarten in die Bewerbung einzubeziehen. Und empfahl unter Beifall aus dem voll besetzten Saal, die Bundesgartenschau 2009 in Schwerin als Chance zu nutzen, den eher karg gehaltenen Alten Garten „freundlicher zu gestalten“. Der Platz vor dem Theater, auf dem jeden Sommer die Schloss-Festspiele stattfinden, könne mit Blumenrabatten und Bänken verschönt werden, ohne die viel besuchten Opern-Aufführungen zu beeinträchtigen. „Dann kann man von dort den Blick aufs Märchenschloss erst richtig genießen“, betonte der Experte. Und gab gleich noch eine Empfehlung: Mecklenburg-Vorpommern solle König Ludwigs Schloss Neuschwanstein im Allgäu nicht in erster Linie als Konkurrenz sehen. Die Bayern streben offenbar ebenfalls den Weltkulturerbe-Status an. Nach Ansicht des Denkmalschützers könne eine gemeinsame Bewerbung „zweier romantischer Schlösser, die großartig in die Landschaft eingebettet

sind“, die Chancen erhöhen. Eine „Strategie“, die sich zumindest im Falle der Hansestädte Wismar und Stralsund als erfolgreich erwiesen habe.

In seinem Vortrag ging der Kunsthistoriker und Archäologe, der seit Jahrzehnten für den Denkmalschutz tätig ist, auf die Vielfalt des steinernen Schatzes in Mecklenburg-Vorpommern ein. In fast völlig freier Rede berichtete der 76-Jährige von den Besonderheiten der mittelalterlichen Kirchen und Klosteranlagen, von der Fülle an Schlössern und Herrenhäusern, von den Eigenheiten der hanseatischen Backsteingotik. Und von Visionen. So träume er von „Internationalen Orgelfestspielen“ in Stralsund, weil die gut erhaltenen historischen Klanginstrumente ein Schatz der Hansestadt seien, der noch mehr für den Tourismus genutzt werden könne. Oder von einem Schloss Bothmer, das nach fehlgeschlagenen Privatisierungsversuchen eines nahen Tages doch kulturell genutzt wird. Eine Mischung aus Eigentumswohnungen, Konzertsaal, Lesecafé, Kunsthandwerk und ansprechender Gastronomie schwebt ihm vor. Dafür entwickelt er gerade ein Konzept. Das Land, in dessen Besitz das Schloss zwischenzeitlich überging, hat ihn damit beauftragt. Denn der – meist kostspielige – Erhalt der oft jahrhundertealten Bauwerke ist kein Selbstzweck.

Darauf wies auch Vizepräsidentin Renate Holznagel auf der Veranstaltung hin. „Erhalten und Bewahren der Denkmale bedeutet auch das Bewahren der Zeitzeugen der Vergangenheit. Der Zeugen des Entstehens und der Entwicklung. Ohne Vergangenheit keine Gegenwart, ohne Gegenwart keine Zukunft“, sagte sie und fügte hinzu: „Wir müssen aus der Vergangenheit lernen, um die Gegenwart so gestalten zu können, dass wir auf diesem Fundament eine Zukunft bauen können, die auch noch für unsere Kinder und Kindeskinde lebenswert und liebenswert ist.“



Vor Beginn des 9. Schlossgesprächs überreichte Landtag-Vizepräsidentin Renate Holznagel Prof. Dr. Gottfried Kiesow einen Reprint der Festschrift zur Einweihung des neuen Schlosses von 1869.

## Arbeit in MV – Disput über Mindestlohn

Landtag für angemessene Bezahlung der Beschäftigten

**Rund 35.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern können nach Angaben der LINKEN trotz Vollbeschäftigung nicht von ihrem Arbeitseinkommen leben und sind deshalb auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen. Die Linksfraktion, die das Thema „Arbeit in MV – für ein Leben in Würde“ der Aktuellen Stunde am 14. November bestimmt hat, forderte die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Redner aller Fraktionen lieferten sich einen heftigen verbalen Schlagabtausch in der Debatte.**

„Sechs Prozent der arbeitenden Menschen und ihre Familien in Mecklenburg-Vorpommern können von dem, was sie für ihre Arbeit an Lohn bekommen, nicht leben, sie müssen ergänzendes Arbeitslosengeld II beantragen“, betonte Links-Fraktionschef **Prof. Dr. Wolfgang Methling**. Er forderte den Wirtschaftsminister auf, sich für eine angemessene Bezahlung in den Betrieben einzusetzen. Ein Tariftreuegesetz solle sicherstellen, dass nur Firmen, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen, öffentliche Aufträge erhalten. Zudem gelte es, Leiharbeit zu begrenzen und Praktikanten eine Bezahlung ihrer Arbeit zu sichern. Mecklenburg-Vorpommern müsse die rote Laterne bei Löhnen und Gehältern abgeben, forderte Methling. Der Aufschwung sei noch nicht bei allen angekommen, sagte **Erwin Sellering**, der als SPD-Abgeordneter das Wort ergriff. Es sei

nicht hinzunehmen, dass Erwerbstätige auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen sind. Deshalb setzen sich die Sozialdemokraten seinen Worten nach auch vehement für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Mit Billiglöhnen werde es keine „nachhaltig positive Entwicklung“ geben. Er appellierte an die Parlamentarier, auch die Menschen nicht zu vergessen, bei denen eine Integration in den Arbeitsmarkt aussichtslos erscheint und die deshalb resignierten. Programme wie „50 plus“ müssten aufrecht erhalten werden. Er forderte, die Mittel für Integrationsprojekte, für Beratung und Unterstützung künftig „deutlich“ zu erhöhen.

FDP-Fraktionschef **Michael Roolf** warf der LINKEN vor, sie habe acht Jahre lang in Regierungsverantwortung Zeit gehabt, ihre Vorstellungen umzusetzen. Ihre Forderungen seien somit ein Eingeständnis des Scheiterns. Dass den Linken bei der vergangenen Landtagswahl die Regierungsverantwortung entzogen worden sei, „ist gut so“, sagte er. Die Politik müsse die „Teilhabe“ an der Gesellschaft verbessern. Das könne man nicht, indem man Halbwahrheiten verbreite. Ein Mindestlohn beispielsweise werde die Beschäftigungssituation genauso wenig verbessern wie eine Neiddebatte.

**Günter Rühls** (CDU) hob hervor, für ihn und seine Partei stehe die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit an erster Stelle. Das sei auch zum Teil schon gelungen. „25.000 Arbeitslo-

se weniger nach einem Jahr Großer Koalition, davon 10.200 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, sprechen doch für sich“, sagte er. Arbeitslose müssten schon nach kurzer Zeit wieder in die Gesellschaft einbezogen werden. Er nannte Dänemark als Beispiel, wo Menschen ohne Arbeit schon nach kurzer Zeit auf „Grünanlagen oder bei ähnlich sinnvollen Tätigkeiten“ eingesetzt werden. Einbezogen zu sein und Anerkennung zu finden, das hat seiner Ansicht nach auch etwas mit Würde zu tun. Das Thema Mindestlohn bezeichnete er als „Trojanisches Pferd“.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** wies auf eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt hin. Es gebe 10.200 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und rund 25.000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr. Dennoch seien rund 127.500 Menschen im Land arbeitslos. Die Landesregierung habe die Weichen in Richtung Beschäftigungszuwachs gestellt: mit der Unterstützung von Unternehmen, der Standortoffensive für die Ansiedlung neuer Firmen und der Existenzgründerförderung. Ziel sei es, die Wirtschaft zu stärken und es ihr zu ermöglichen, angemessen bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. „Sittenwidrige Löhne, die den ortsüblichen Branchenlohn deutlich unterschreiten, müssen verboten sein“, sagte der Minister. Für viele Beschäftigte seien die Löhne aber „sittenwidrig niedrig“, sagte **Regine Lück**



Prof. Dr. Wolfgang Methling (DIE LINKE)



Erwin Sellering (SPD)



Michael Roolf (FDP)



(DIE LINKE). Selbst in der Boombranche Tourismus sind der Abgeordneten zufolge zahlreiche Mitarbeiter auf zusätzliche soziale Leistungen angewiesen. „In Mecklenburg-Vorpommern haben wir einen traurigen Rekord: bundesweit niedrigste Einkommen, aber längste Arbeitszeiten“, sagte sie und verwies auf Folgen wie Kinderarmut und soziale Ausgrenzung. Beratungsstellen – wie von Erwin Sellering vorgeschlagen – seien zwar wichtig, aber letztlich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Menschen brauchen ihrer Ansicht nach sichere Arbeitsplätze und „feste, verlässliche Einkommen“.

Der SPD-Abgeordnete **Jochen Schulte** sagte, die Sozialdemokraten setzten sich für Mindestlöhne ein, auch wenn diese nur für Mecklenburg-Vorpommern durchgesetzt werden könnten. „Um das auch mal ganz deutlich zu sagen an dieser Stelle: Die Bruttolöhne in Mecklenburg-Vorpommern liegen weiterhin nur bei 77 Prozent des Bundesdurchschnitts“, betonte er. Im Durchschnitt verdiene ein Arbeitnehmer in Mecklenburg-Vorpommern derzeit im Monat ungefähr 1.700 Euro. Sozial sei, was Arbeit schafft. Aber auch die Rahmenbedingungen, in denen gearbeitet wird, müssen seinen Worten nach sozial gestaltet werden.

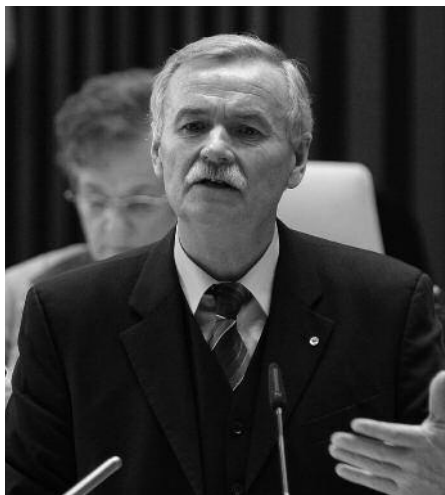
**Wolfgang Waldmüller** (CDU) zufolge ist der Aufschwung vor allem den „Unternehmern und ihren Mitarbeitern“ zu verdanken. Kein Mensch befürworte Lohndumping. „Dennoch sage ich es noch einmal: Die generelle Einführung von Mindestlöhnen in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht die Politik der CDU. Die Einführung von Mindestlöhnen baut Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor ab, führt zu Abwanderung und Verla-

gerung von Arbeitsplätzen ins Ausland, führt zu mehr Schwarzarbeit, schränkt die Tarifautonomie ein, und die regionalen Unterschiede in Mecklenburg-Vorpommern bleiben unberücksichtigt“, sagte er. Das so genannte Entsendegesetz sei die Alternative.

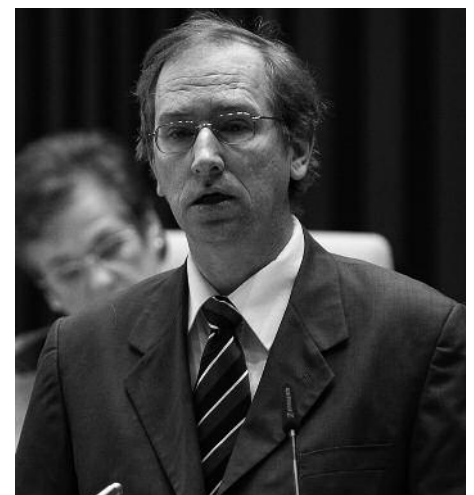
Nicht Arbeitslosigkeit sei das Hauptproblem, sagte der NPD-Abgeordnete **Michael Andrejewski**. Zu wenig Geld zum Leben zu haben, sei das „wahre Übel“. 30 Prozent der Bevölkerung haben, wie er sagte, keinerlei Vermögen. „Sie leben von der Hand in den Mund“, betonte er. Mindestlöhne nur zum Überleben reichen seiner Meinung nach nicht aus. Arbeitnehmer müssten auch Reserven für ein, zwei Monate aufbauen können. Das würde ihr Selbstvertrauen gegenüber Arbeitgebern und Behörden stärken. Die Praxis in Call-Centern wie in Schwerin mit rund vier Euro Grundlohn und Leistungszulagen bezeichnete er als „Kapitalismus mit DDR-Methoden“.



Jochen Schulte (SPD)



Wirtschaftsminister Jürgen Seidel



Michael Andrejewski (NPD)



Günter Rühls (CDU)



Regine Lück (DIE LINKE)



Wolfgang Waldmüller (CDU)

# Gewaltfreiheit und Friedensverpflichtung nunmehr Staatsziele

Parlament für Verfassungszusatz gegen Extremismus

**In der Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns sind nunmehr Gewaltfreiheit und Friedensverpflichtung ausdrücklich als Staatsziele verankert. Als Reaktion auf Rechtsextremismus und Gewalt beschloss der Landtag Mecklenburg-Vorpommern am 14. November einen Verfassungszusatz, der extremistischen Tendenzen und Rassismus entgegenwirken soll. Dem neuen Artikel 18a stimmten die Fraktionen von SPD, CDU, LINKE und FDP geschlossen zu, die Abgeordneten der rechtsextremen NPD votierten dagegen.**

Die Verfassungsänderung, für die stets eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, geht auf die Volksinitiative „Für ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern“ zurück. Sie war von Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Kunst und Wissenschaft gestartet worden, um der Verbreitung rechten Gedankenguts einen Riegel vorzuschieben. Mehr als 17.000 Menschen hatten ihre Unterschrift dafür gegeben. Die seit gut einem Jahr mit sechs Abgeordneten im Landtag vertretene NPD ist nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes dabei, im Nordosten ein dichtes Netzwerk zu schaffen. Dabei kann sie auch auf staatliche Mittel zurückgreifen.



SPD, CDU, DIE LINKE und FDP stimmten geschlossen für die Erweiterung der Landesverfassung um die Staatsziele Gewaltfreiheit und Friedensverpflichtung. Die sechs NPD-Abgeordneten stimmten gegen diese Verfassungsänderung.

**Detlef Müller** (SPD) wies als Vorsitzender des Rechts- und Europaausschusses auf das überdurchschnittlich große Interesse an diesem Thema schon bei der Anhörung hin. Dort seien auch rechtliche Bedenken von Sachverständigen erörtert worden. Die hohe Zahl der Unterschriften wertete er als Zeichen, dass die Menschen im Land nicht resignieren. Er warb um Zustimmung für die Verfassungsänderung im Parlament und betonte zugleich, dass auch weiterhin eine intensive Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut notwendig sei.

Der Gesetzentwurf war lange diskutiert worden, ehe die vier demokratischen Fraktionen einen Konsens fanden. Demnach gilt jetzt die Verbreitung rassistischen oder anderen extremistischen Gedankenguts als verfassungswidrig.

In der ursprünglich als „Antifaklausel“ gedachten Verfassungsergänzung sei nun nicht mehr von Rechtsextremismus die Rede, sagte **Volker Schlotmann**, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Es gebe auch Bedrohung durch andere Extremisten. Damit seien SPD, FDP und LINKE der CDU entgegengekommen. Für ihn stehe außer Zweifel, „dass die aktuellste Gefahr für unser Gemeinwesen und für unsere Demokratie von Rechtsextremisten, von der NPD herkommt“. Er sei froh darüber, dass sich alle demokratischen Fraktionen im Landtag auf den Zusatzparagrafen geeinigt hätten. Damit werde erstmals eine Verfassungsänderung erreicht, die auf eine Volksinitiative zurückgeht.

Nach den Worten des Linksfraktionsvorsitzenden **Prof. Dr. Wolfgang Methling**, dessen Partei die Volksinitiative maßgeblich unterstützte, sieht seine Fraktion die staatliche Ächtung rechtsextremen Denkens und Handelns nach wie vor als aktuelle Aufgabe an. Mit dem Verfassungszusatz sei die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und seinen Verfechtern nicht zu Ende. Trotz einiger Änderungen sei die Volksinitiative ein „voller Erfolg“. So werde unmissverständlich klar gestellt, dass Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz und Gewalt verfassungswidrig seien. Die geänderte Verfassung stärke den Bürgern außerhalb des Parlaments den Rücken beim Kampf gegen Rechtsextremismus. CDU-Fraktionschef **Dr. Armin Jäger** zufolge ging es seiner Fraktion darum, jeglichen politischen Extremismus und Rassismus als Bedrohung der freiheitlichen Grundordnung zu ächten. Dass sich die demokratischen Fraktionen im Landtag auf diesen Antrag geeinigt



Besucher aus dem Rostocker Wahlkreis des FDP-Abgeordneten Ralf Grabow verfolgten die Debatte über die Verfassungsänderung auf der Besuchertribüne im Plenarsaal.

haben, ist seiner Meinung nach „angesichts einer deutlich sichtbaren Bedrohung der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch den aktuellen Rechtsextremismus ein Wert an sich“.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion, **Michael Roof**, warnte davor, mit der Verfassungsänderung bei den Bürgern zu große Hoffnungen zu wecken. Sie sei keine Grundlage für Anklagen gegen Abgeordnete, sagte er. Die von vier Fraktionen vorgeschlagene Einführung des neuen Artikel 18a sei Ausdruck von Einigkeit im Streben gegen Gewalt, Extremismus und Rassismus. „Es ist nicht der Moment, im Parteiengenzänk lautstark herumzukrakeelen, was uns trennt“, betonte er. Die Bürger des Landes würden sich mit dem neuen Artikel zu einem friedlichen Miteinander bekennen.

**Michael Andrejewski** (NPD) betonte, dass es sich bei der Verfassungsänderung um eine „bloße Deklaration ohne Strafbestimmung“ handele.

## Landesverfassung

Der neue Artikel 18a hat folgenden Wortlaut:

*Friedensverpflichtung, Gewaltfreiheit*

(1) Alles staatliche Handeln muss dem inneren und äußeren Frieden dienen und Bedingungen schaffen, unter denen gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei gelöst werden können.

(2) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker oder der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns zu stören und insbesondere darauf gerichtet sind, rassistisches oder anderes extremistisches Gedankengut zu verbreiten, sind verfassungswidrig.

gen“ handle, weil Strafrecht Bundesrecht sei. Ursprünglich haben seiner Auffassung nach die Initiatoren etwas anderes gewollt. Sie seien als „Löwe gestartet und als Bettvorleger gelandet“, sagte er. Die sechs Mitglieder seiner Fraktion stimmten gegen die Verfassungsänderung.

Mit den Stimmen der demokratischen Fraktionen, die geschlossen dafür stimmten, wurde die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit überschritten.

## Würde des Hauses achten

Kleiderordnung im  
Landtagsgebäude

**Die Hausordnung des Landtages besagt, dass die Würde des Hohen Hauses oder dessen Tätigkeit nicht beeinträchtigt werden darf.**

Dies bezieht sich auch auf „unangemessene Bekleidung“ – zum Beispiel dann, wenn sie mit einem antidemokratischen oder rechts-extremen Label versehen sei. Aus diesem Grund ist das Tragen von Bekleidungsstücken, die eine rechtsextreme Gesinnung zum Ausdruck bringen, im Landtagsgebäude untersagt. Dieses Verbot bezieht sich insbesondere auf Kleidung von „Thor Steinar“ und „Consdaple“, die wegen ihrer Symbolik vielen Rechtsextremen als Dresscode dient.

## Sportförderung aufstocken

Gesetzesänderung an  
Ausschüsse überwiesen

**Mit den Stimmen aller Fraktionen brachte das Parlament von Mecklenburg-Vorpommern am 14. November ein neues Sportfördergesetz auf den Weg. Nach eingehender Debatte in Erster Lesung wurde der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Beratung an den Innenausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanz-, den Sozial- und den Bildungsausschuss überwiesen.**

Im Entwurf ist noch die Beibehaltung der bisherigen jährlichen Fördersumme von 8,2 Millionen Euro vorgesehen. Doch unmittelbar vor der Landtagssitzung hatte der federführende Innenausschuss eine Erhöhung der



Im Gadebuscher Judoverein e.V. bietet Kindern und Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung.

Mittel für die Jahre 2008 bis 2012 auf jeweils 8,7 Millionen Euro beschlossen.

Die Gesetzesnovelle sichert nach Ansicht des für den Sport zuständigen Innenministers **Lorenz Caffier** die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Entwicklung des Sports im Land. Die geplante Finanzierungsregelung soll fünf Jahre gelten und dann neu überprüft werden.

Bei der Diskussion um sportliche Belange gebe es gewöhnlich großen Konsens zwischen den Fraktionen, sagte **Andreas Bluhm**, sportpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Vizepräsident des Landtages. Auch diesmal herrsche offenbar Einigkeit darüber, dass die bisherige Summe von 8,2 Millionen Euro nicht ausreicht, um den Anforderungen gerecht zu werden. Die Sportvereine verzeichnen seinen Worten nach trotz zurückgehender Einwohnerzahlen weiterhin Zuwachs. „Der Sport ist und bleibt die größte Massenorganisation im Land“, betonte er.

**Norbert Baunach**, sportpolitischer Sprecher der SPD, verwies auf die wichtige soziale und gesundheitspolitische Bedeutung des Sports. Aktiver Sport integriere und wirke Extremismus entgegen.

Mit dem Gesetz werde die Autonomie des Sports und die Planungssicherheit für die Vereine gewährleistet, hob der sportpolitische Sprecher der CDU, **Wolfgang Waldmüller**, hervor. So sollen sowohl Breiten- als auch Leistungssport gefördert werden. Das sei auch eine Investition in Gewalt-Prävention, sagte er. Nach einer Prognose werde die Mitgliederzahl in den Vereinen des Landessport-

bundes bis 2013 von jetzt 220.000 auf über 245.000 steigen.

Die NPD legt nach den Worten ihres Redners **Birger Lüssow** Wert auf die Förderung der „Volksgesundheit“. Er verwies unter anderem auf Langzeitstudien, nach denen jedes vierte Kind körperlich unzureichend entwickelt sei.

Der Entwurf wurde ohne Gegenstimme in die Ausschüsse überwiesen.

## Integrations- förderrat

Behinderten-Vertreter  
in den NDR-Rundfunkrat

**Menschen mit Behinderungen sollen sich nach Ansicht des Integrationsförderrates künftig im Rundfunkrat des NDR selbst vertreten können. Es gehe nicht an, dass Behinderungen für Werbegags genutzt oder Behinderte in Filmen lächerlich gemacht würden, kritisierte die Abgeordnete der Linksfraktion im Landtag, Irene Müller, am 14. November bei der Vorlage des Tätigkeitsberichts für 2006 im Parlament.**

Der Integrationsförderrat berät die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns dabei, gleiche Rahmenbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen zu schaffen. Das Gremium ist nach eigenen Angaben bundesweit einmalig. Die Arbeitsgruppen des Integrationsförderrates befassen sich



dem Bericht zufolge mit Parkerleichterungen, der Barrierefreiheit in Gebäuden und Kommunikationseinrichtungen. Die Arbeitsgruppe Medienkompetenz hatte laut Bericht schon vor einem Jahr angemahnt, dass mindestens einer der Behindertenverbände einen Vertreter in den NDR-Rundfunkrat entsenden können sollte, weil sich Behinderte und chronisch Kranke nicht ausreichend vertreten fühlten.

**Jörg Heydorn**, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hob die gute Zusammenarbeit zwischen Parlament und Integrationsförderrat hervor. Er verwies auf die Bedeutung der „Beweislastumkehr“. „Behörden müssen nachweisen, dass chronisch Kranke nicht benachteiligt werden, und nicht umgekehrt.“ Das sei richtig so, betonte er.

Der Bericht zeige, dass man in Mecklenburg-Vorpommern auf einem guten Weg sei, aber noch nicht am Ziel, sagte der Vorsitzende des Sozialausschusses, **Ralf Grabow** (FDP). Er verwies auf Mängel in der Landesbauordnung und bei der Umsetzung bestimmter Bauten. So sei eine neue Brücke auf der Insel Rügen nicht barrierefrei. Auch fehlten oft scheinbare Kleinigkeiten wie automatische Ansagen in Aufzügen. Die aber seien für Menschen mit Handicap nötig, um den Alltag zu meistern. „Barrierefreies Bauen“ im weitesten Sinn müsse im Tourismus- und Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern inzwischen eine Selbstverständlichkeit sein, sagte er.

**Günter Rühls** (CDU) bezeichnete den Bericht als „wichtigen Beitrag“ für ein verbessertes Leben von Menschen mit Behinderungen und dankte dem Integrationsförderrat für die Arbeit.

**Stefan Köster** (NPD) beklagte den seiner Meinung nach mitunter leichtfertigen Umgang mit Begriffen wie „schwachsinnig“ auch im Parlament.

2006 waren laut Bericht 10,6 Prozent der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu mehr als 50 Prozent behindert.

## Energiepreise

Antrag der LINKEN abgelehnt

**Die Linksfraktion hat Landtag und Regierung aufgefordert, die ständig steigenden Energiepreise nicht hinzunehmen und sich für weitere kartellrechtliche Prüfungen einzusetzen.**

**Die Liberalisierung des Energiemarktes ist nach Ansicht von Linksfraktionschef**

**Prof. Dr. Wolfgang Methling gescheitert. Mehr Wettbewerb werde nur erreicht, „wenn die Stromkonzerne zerschlagen werden“, sagte er im Plenum am 15. November. Der Antrag wurde nach kontroverser Debatte mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.**

**Prof. Dr. Methling** sprach sich auch gegen die Errichtung des Steinkohlekraftwerks in Lubmin bei Greifswald durch den dänischen Konzern Dong Energy aus. Das Unternehmen habe schon angekündigt, dass es den aus Kohle erzeugten Strom exportieren wol-



le. Diesen neuen Konzern ins Land zu holen, nütze also nichts. Methling forderte, der „Preistreiber“ der Energiekonzerne Einhalt zu gebieten. Die Preiserhöhungen sollten kartellrechtlich geprüft und die Leitungsnetze verstaatlicht werden.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** dagegen verteidigte das geplante Steinkohlekraftwerk erneut. Mit der Erweiterung der Stromanbieter durch den dänischen Konzern werde es mehr Wettbewerb und die Chance für günstigere Strompreise geben, sagte Seidel. Er rief DIE LINKE auf, das umstrittene Projekt aus diesem Grunde zu unterstützen: „Wenn Sie mehr Wettbewerb wollen, dann müssen Sie das Projekt mit Dong begrüßen.“ Seidel verwies auf die laufenden Prüfungen durch das Bundeskartellamt und EU-Behörden. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) habe bereits einen Gesetzentwurf gegen „unberechtigte Preiserhöhungen“ auf den Weg gebracht. Die jüngste Preisentwicklung gebe aber „Anlass zu größter Sorge“, sie dämpfe den Konjunkturaufschwung, räumte Seidel ein.

Die fehlende Transparenz bei Strompreiserhöhungen habe das Bundeskartellamt längst festgestellt und Schritte zur Überprüfung angekündigt, sagte **Jochen Schulte** (SPD). „Wir müssen hier doch nicht über Sachen reden, die längst bekannt sind“, betonte er. Auch er hält die Liberalisierungsversuche auf

dem deutschen Strommarkt für gescheitert. Noch in den achtziger Jahren habe es eine Vielzahl von regionalen Stromversorgern gegeben. Heute werde der Markt zwischen vier großen Anbietern aufgeteilt.

Monopole seien schädlich für den Markt, stimmte **Sigrun Reese** (FDP) zu. Es gebe tatsächlich Anzeichen für eine Preis-Absprache. Doch ermittle das Kartellamt bereits. So erübrigt sich ihrer Meinung nach der Antrag der LINKEN.

**Wolfgang Waldmüller** (CDU) betonte, dass auch seine Partei die Preiserhöhungen für Strom und Gas für unakzeptabel hält. Doch seien die Ursachen für diese Entwicklung vielfältiger, als DIE LINKE mit dem Antrag „suggerieren“ wolle. Seiner Ansicht nach führt nur eine ausreichende Grundlastversorgung – auch mit Atomkraft und Steinkohle – zu vertretbaren Preisen und Versorgungssicherheit.

Die Linksfraktion dagegen forderte auch einen schrittweisen Ausstieg aus der Energieversorgung auf der Basis fossiler Träger wie Kohle und Öl. Die knapper werdenden Rohstoffe lieferten „zumindest oberflächlich betrachtet“ Argumente für steigende Preise, sagte die Abgeordnete **Birgit Schwes**. Die Macht der Energiekonzerne müsse gebrochen und das Netz der öffentlichen Hand übergeben werden.

## Pendlerpauschale

Koalition lehnt FDP-Antrag ab

**Vor der für 2008 erwarteten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale wird sich die Landesregierung beim Bund nicht für eine Rücknahme der geltenden Regelung einsetzen. Diese Position der SPD/CDU-Koalition bestätigte am 15. November der Landtag. Die Oppositionsfraktionen FDP und DIE LINKE hatten von der Regierung eine neue Initiative gegen die seit diesem Jahr geltende Gesetzeslage gefordert, wonach Pendler nur noch ihre Fahrtkosten ab dem 21. Kilometer von der Steuer absetzen können.**

Der FDP-Abgeordnete **Toralf Schnur** hatte den Antrag seiner Fraktion damit begründet, dass die 480.000 Pendler im Land schnell Rechtssicherheit bräuchten. Derzeit könnten Pendler ihre vollständigen Fahrtkosten auf der Steuerkarte eintragen lassen, müssten bei einer Bestätigung der geltenden Regelung durch das Verfassungsgericht aber den



zusätzlichen Steuernachlass zurückzahlen. Wer die Fahrtkosten nicht vollständig eintragen lasse, bekäme bei einer gegenteiligen Gerichtsentscheidung aber keine automatische Steurrückzahlung für die ersten 20 Kilometer des Arbeitswegs. Gutgläubige Bürger, die auf den Staat vertrauten, würden somit bestraft, erläuterte Schnur.

Der SPD-Abgeordnete **Rudolf Borchert** erinnerte daran, dass Mecklenburg-Vorpommern im vergangenen Jahr im Bundesrat der Neuregelung der Entfernungspauschale nicht zugestimmt habe. Jetzt gebe es das Problem, dass bei einer Rücknahme die Mehreinnahme von 2,5 Milliarden Euro für den Bundeshaushalt gegenfinanziert werden müsse. „Wie will die FDP das tun?“, fragte er und warnte vor „politischem Aktionismus“. Es sei sinnvoll, erst einmal das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in dieser Sache abzuwarten.

Die Linkspolitikerin **Angelika Gramkow** sprach von einem „Paradebeispiel unsozialer Politik“. Die Pendler sollten die Zeche unter anderem für die millionenschweren Steuer ausfälle durch die Unternehmenssteuerreform zahlen. In Mecklenburg-Vorpommern würden 70.000 Beschäftigte in andere Bundesländer pendeln, weil sie hier keinen Job bekommen könnten. Das Verfassungsurteil abwarten zu wollen, bezeichnete sie als „vorgeschobenes Argument“. Ihre Fraktion unterstütze den Antrag der FDP. **Mathias Löttge** (CDU) sprach sich wie der SPD-Abgeordnete Borchert dafür aus, die



rechtliche Entscheidung abzuwarten. „Das ist nicht gegen die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern gerichtet“, betonte er. Aber die Frage der Gegenfinanzierung träfe „irgendwie auch den Landeshaushalt“.

**Stefan Köster** (NPD) hob hervor, dass die Menschen „mobil“ sein müssten, um überhaupt arbeiten zu können. „Die Politik greift jenen in die Tasche, die sich nicht wehren können“, sagte er.



Beim Düngen an Gewässerkanten muss ein Schutzabstand zum Ufer von drei Metern eingehalten werden.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Michael Roof** forderte ein „deutliches Signal“ des Parlaments gegen die seiner Meinung nach ungerichte Kürzung der Pendlerpauschale. Die Arbeitnehmer seien zudem durch die hohen Spritpreise doppelt bestraft. Als Gegenfinanzierung schlug er vor, Geld aus den höheren Steuereinnahmen zu verwenden. Der Antrag der FDP wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

## Schutzstreifen für Gewässer

Änderung des Wassergesetzes

**Mecklenburg-Vorpommern hat als erstes Bundesland einen Schutzstreifen für sämtliche Gewässer zu Agrarflächen gesetzlich festgelegt. Der Landtag stimmte am 14. November einer Änderung des Wassergesetzes zu. Danach wird der Schutzstreifen, in dem Landwirte nicht düngen dürfen, zwar von sieben auf drei Meter verringert, dafür aber auf alle Gewässerufer ausgedehnt.**

Beim Einsatz von Präzisionstechnik, über die laut Agrar- und Umweltminister **Dr. Till Backhaus** die meisten Betriebe verfügen, reiche sogar ein Abstand von einem Meter. Die Verringerung war vorab heftig kritisiert worden. Gegnern zufolge wächst damit die Gefahr des Nährstoffeintrags in Bäche, Flüsse und Gewässer mit negativen Folgen für die Gewässerqualität. Bundesweit einmalig ist laut Backhaus auch die mit dem Gesetz vorgeschriebene regelmäßige Beobachtung der neuen Abstandsregelung. Bis Ende 2010 sol-

len die Auswirkungen überprüft werden. Kommt es zu Einträgen von Nährstoffen, werde die Abstandsregelung zurückgenommen, kündigte Backhaus an.

Die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion, **Birgit Schwebs**, erklärte, den meisten Landwirten würde am Ende die Wasserqualität wichtiger sein als ein unbedeutender Flächengewinn. Sie habe kein Argument dafür gehört, dass die Wasserqualität mit einem kleineren Randstreifen besser werde als mit einem breiteren. Sie hält das Gesetz für eine „Mogelpackung“ und warf der Koalition „Aktionismus“ vor.

Dem widersprach der SPD-Abgeordnete **Dr. Gottfried Timm**: „Für die Landwirte rechnet es sich wirtschaftlich“, betonte der umweltpolitische Sprecher seiner Fraktion. „Wir wollen eine moderne Landwirtschaft in einer sauberen Umwelt“, fügte er hinzu. Das Gesetz sei ein Schritt auf dem Weg dahin.

**Sigrun Reese** (FDP) kritisierte vor allem die Möglichkeit, das Gesetz ab 2010 wieder zu ändern. Das garantiere keine Rechtssicherheit. „Das ist ein fauler Kompromiss, der die Zerrissenheit der Koalition zeigt“, sagte sie. Ihre Fraktion hatte sich mit einem Änderungsantrag gegen eine befristete Regelung ausgesprochen.

Die CDU-Abgeordnete **Beate Schlupp** verspricht sich dagegen von der neuen Abstandsregelung ein Ende der Wettbewerbsnachteile, die die Bauern im Land derzeit hätten. Der bisherige Sieben-Meter-Abstand sei weder fachlich noch rechtlich begründet gewesen, sagte Schlupp. Die Landwirte hätten sich zu Recht dagegen gewehrt.

**Raimund Borrmann** (NPD) warf der Koalition „Sorglosigkeit“ vor. So würden negative Wirkungen nicht von vornherein ausge-

schlossen, sondern eher einkalkuliert. Mecklenburg-Vorpommern dürfe aber nicht zum „Experimentierkasten“ verkommen, forderte er.

Das Gesetz, das die Koalitionsfraktionen eingebracht hatten, wurde mehrheitlich in der Fassung der Beschlussempfehlung des Agrarausschusses angenommen. Änderungsanträge anderer Fraktionen wurden abgelehnt.

## Nothafen Darßer Ort wird nicht ausgebaggert

Landtag lehnt FDP-Antrag ab

**Der Landtag hat sich am 15. November mit deutlicher Mehrheit gegen die neuerliche Ausbaggerung der Zufahrt zum Ostsee-Nothafen Darßer Ort ausgesprochen. Die FDP-Fraktion hatte dies beantragt, weil sie die Seenotrettung in diesem viel befahrenen Meeresraum nicht mehr gesichert sieht. Wegen unzureichender Wassertiefe muss der Seenotrettungskreuzer „Theo Fischer“ zwischenzeitlich nach Barhöft bei Stralsund verlegt werden. Damit verlängern sich die Anfahrtswege beispielsweise in die als Nadelöhr geltende Kadettrinne.**

Es gehe ausschließlich um die Rettung von Menschenleben, begründete **Gino Leonhard** den Antrag seiner Fraktion.

**Dr. Gottfried Timm** (SPD) sprach von „unnötigen Gräben“, die von den Liberalen zwischen den Fraktionen aufgemacht würden. Bei schweren Havarien in der Kadettrinne – beispielsweise bei Kollisionen von Tank- und Fährschiffen – müsse sowieso das Havarie-Kommando Cuxhaven mit eigenen Schiffen eingreifen. Er favorisiert wie auch die Landesregierung den Bau eines neuen Hafens wenige Kilometer östlich des Nothafens, in Prerow. Dort soll auch der Seenotrettungskreuzer „Theo Fischer“ einen ständigen Liegeplatz bekommen.

Bauminister **Dr. Otto Ebnet** appellierte an die Abgeordneten, einen für Dezember geplanten Bürgerentscheid in Prerow abzuwarten. Der „Abwägungsprozess“ sei schwierig, räumte er ein. „Aber die Lösung kann nur ein dauerhafter Standort sein und der heißt Prerow“, betonte der Minister.

**Birgit Schwabs** (DIE LINKE) verwies darauf, dass der Darßer Nothafen in der Kernzone des Nationalparks Vorpommersche Bodden-

landschaft liegt. Umweltschützer fordern deshalb seit langem die Schließung des Hafens. Wegen der hohen Unterhaltskosten wollen das auch Land und Bund. Die Strömung Sorge regelmäßig für eine Verlandung der Zufahrt, sagte die Abgeordnete. Die kostenintensive ständige Ausbaggerung des Nothafens zögert ihrer Meinung nach nur den Bau eines neuen Hafens hinaus.

„Der Naturschutz hat nicht über dem Schutz von Menschenleben zu stehen“, betonte der FDP-Fraktionschef **Michael Roof**.

Sein CDU-Kollege **Peter Stein** bezeichnete den Antrag als „gute Sache zur falschen Zeit“ und verwies auf den bevorstehenden Einwohnentscheid zum Hafenneubau. Dafür habe das Wirtschaftsministerium Unterstützung zugesagt.

**Stefan Köster** (NPD) hält es für die erste Pflicht der Landesregierung, die Sicherheit der Menschen in dem Gewässer zu gewährleisten. Von Barhöft sei der Weg in die gefährliche Kadettrinne deutlich länger als von Darßer Ort aus. „Wer dort einen Notruf absetzt, wird lange auf Rettung warten müssen“, prophezeite er.

Bei der auf Antrag der FDP namentlichen Abstimmung votierte die Mehrheit der Abgeordneten gegen die erneute Ausbaggerung des Nothafens.

Bereits im Oktober hatte der Landtag dieses Thema auf Antrag der FDP in seiner Aktuellen Stunde debattiert (LandtagsNachrichten berichteten). Schon damals hatten sich die Koalitionsfraktionen und DIE LINKE gegen eine nochmalige Ausbaggerung ausgesprochen und stattdessen den Hafenneubau in Prerow favorisiert. Daraufhin hatte die FDP in der Novembersitzung des Landtages einen Antrag pro Ausbaggerung gestellt.

## Schutz der Ostsee verbessern

Beschlüsse der BSPC bestätigt

**In seiner Sitzung am 14. November stimmte der Landtag den Beschlüssen der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu. Damit unterstützt er weitere Bemühungen und Maßnahmen zur Verbesserung des Meeresumweltschutzes und fordert die Landesregierung zum Handeln auf. Das Parlament wird sich zudem im Jahr 2008 an einer Arbeitsgruppe beteiligen, die sich Energie- und Klimafragen widmen soll, um politische Hand-**

## lungsempfehlungen in diesem Bereich zu entwickeln.

Meeresumweltschutz, maritime Sicherheit sowie Energie- und Klimafragen stehen nach wie vor im Fokus der politischen Diskussionen der Ostseeparlamentarier, betonte die 1. Vizepräsidentin **Renate Holznagel** in der Debatte. „Die Energie- und Klimapolitik ist dabei eine zentrale politische Herausforderung“, sagte die CDU-Politikerin. In allen Anrainerstaaten müsse intensiv daran gearbeitet werden, den Ostseeraum zu einer maritimen Modellregion Europas zu entwickeln. Mecklenburg-Vorpommern habe beispielsweise für „Clean-Port-“ und „Clean-Ship-Projekte“ beste Voraussetzungen, eine umweltschonende Stromversorgung von Schiffen in geeigneten Häfen des Landes zu entwickeln. Erfreulich sei, dass vom Landtag vorgeschlagene Empfehlungen zur weiteren Verbesserung der maritimen Sicherheit von der Konferenz angenommen worden seien.

**Birgit Schwabs** von der Fraktion DIE LINKE betonte, dass die Verabschiedung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes wesentlich für die Verbesserung des ökologischen Zustandes der Ostsee sei. Sie kritisierte die Diskrepanz zwischen Anspruch und Handeln der Landesregierung im Bereich der Landwirtschaft. Einerseits würde Nährstoffreduktion gefordert, andererseits aber Regelungen verabschiedet, die diesen Intentionen widersprächen, wie im Falle der Novellierung des Landeswassergesetzes durch die drastische Verkleinerung von Gewässerrandstreifen, in denen keine Düngemittel ausgebracht werden dürfen.

### BSPC

Die 16. Konferenz der Ostseeparlamentarier (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) hatte am 27. und 28. August 2007 in Berlin getagt. In diesem Gremium arbeiten Parlamentarier aus Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Åland, der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, der Karelischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland, der Länderparlamente von Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie Vertreter des Ostseerates, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des Nordischen Rates mit.



Die FDP-Abgeordnete **Sigrun Reese** bekräftigte die Zustimmung ihrer Fraktion zu den in der Resolution konkret benannten Maßnahmen. Voraussetzung sei allerdings, dass diese für die Bürger klar verständlich und nachvollziehbar seien. Die Probleme in der Ostseeregion ließen sich aber nur mit anderen Anrainerstaaten gemeinsam lösen.

**Birger Lüssow** (NPD) verband mit der Forderung der Ostseeparlamentarierkonferenz, Hindernisse für die Arbeitsmarktmobilität in Europa zu beseitigen, die Hypothese, dass sich zukünftig „Heerscharen von Wanderarbeitern“ in Europa bewegen würden. Dies halte er für unvereinbar mit nationalen Interessen. Er stellte abschließend fest, dass die beabsichtigte Förderung von grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten die „Auflösung von Nationalstaaten“ sowie eine „schleichende Vernichtung von Völkern“ zur Folge haben könne.

## Spielsucht vorbeugen

Gesetzgebung zum Glücksspiel

**Der Innenausschuss des Landtages legt für die Landtagssitzung im Dezember 2007 gleich zwei Beschlussempfehlungen zur Gesetzgebung für das Glücksspielwesen vor. Diese Gesetzentwürfe ergänzen sich, da es sich zum einen um das Zustimmungsgesetz zum zwischen allen Bundesländern geschlossenen Glücksspielstaatsvertrag (Landtagsdrucksache 5/648) und zum anderen um das landesrechtliche Ausführungsgesetz dazu (Landtagsdrucksache 5/977) handelt.**

Beide Gesetzentwürfe hatte der Landtag bereits in erster Lesung behandelt und zur Einzelberatung in den Innen- und den Finanzausschuss überwiesen. Während der Staatsvertrag die Grundsätze für das Glücksspielwesen in Deutschland enthält, werden durch das Ausführungsgesetz landesrechtliche Verfahrensvorschriften normiert.

Der Staatsvertrag wurde bereits durch die Ministerpräsidenten aller Bundesländer unterzeichnet und soll am 1. Januar 2008 in Kraft treten. Zuvor müssen die Länderparlamente zustimmen.

Der Glücksspielstaatsvertrag musste neu gefasst werden, da das Bundesverfassungsgericht bereits im März 2006 die bisherigen Regelungen etwa über Sportwetten und das

staatliche Lotteriemonopol für verfassungswidrig erklärte. Umstritten zwischen den deutschen Bundesländern und Vertretern der EU-Kommission blieb allerdings bis zuletzt, ob die im Staatsvertrag vorgesehene Neuregelung ihrerseits dem EU-Recht entspricht. Laut Staatsvertrag sollen sowohl bei Sportwetten als auch bei Lotterien einschränkende Vorschriften Suchtgefahren vorbeugen. Zu diesen Einschränkungen gehören beispielsweise das Verbot des Spiels über Internet, das Verbot auffordernder Werbung und die Sperre für suchtgefährdete Spieler. Demgegenüber favorisieren die Vertreter der EU eine völlige Freigabe der Sportwetten bei gleichzeitiger Beibehaltung des staatlichen Lotteriemonopols. Diese Lösung verstößt nach Ansicht der deutschen Bundesländer selbst gegen Verfassungs- und EU-Recht, da bei einer Freigabe der Sportwetten auch das Lotteriemonopol nicht mehr zu rechtfertigen sei.

Das Ausführungsgesetz gilt für alle in Mecklenburg-Vorpommern veranstalteten oder vermittelten öffentlichen Glücksspiele. Es bestimmt zum Beispiel die Behörden, die für die Erlaubniserteilung und die Glücksspielaufsicht zuständig sind, legt die Verfahren und die Voraussetzungen für die Erlaubnis von öffentlichen Glücksspielen fest und enthält Regelungen für ein Sperrsystem sowie datenschutzrechtliche Vorgaben.

Wegen der nicht abschließend geklärten rechtlichen Bedenken konnte im Innenausschuss kein Einvernehmen zu den Gesetzentwürfen der Landesregierung hergestellt werden.



## Antrittsbesuch

Amerikanische Generalkonsulin im Landtag



Landtags-Vizepräsident Andreas Bluhm empfing die amerikanische Generalkonsulin im Schweriner Schloss.

Am 3. Dezember stattete die neue Generalkonsulin der Vereinigten Staaten von Amerika in Hamburg, Karen Elisabeth Johnson, dem Landtag ihren Antrittsbesuch ab. Hier wurde sie von Vizepräsident Andreas Bluhm empfangen und trug sich ins Gästebuch ein. Andreas Bluhm informierte die Konsulin über die Zusammensetzung des Landtages und die Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit. Im Mittelpunkt standen dabei Arbeitsmarktpolitik, Tourismus, Bildung und die Stärkung der Demokratie. Bluhm verwies auch auf die bereits bestehenden Kontakte Mecklenburg-Vorpommerns nach Mecklenburg County im US-Bundesstaat North Carolina. Karen Johnson sagte ihre Hilfe bei der Pflege der Kontakte zu. Johnson räumte ein, dass sie Mecklenburg-Vorpommern bisher noch nicht kennt. Sie will im Sommer auf jeden Fall wiederkommen und dann vor allem die Küste kennen lernen. „Vielleicht finde ich hier im Norden sogar familiäre Wurzeln“, sagte die Texanerin, deren Familie mütterlicherseits aus Preußen stammt.

Andreas Bluhm schenkte Karen E. Johnson zum Abschied einen druckfrischen Landtagskalender 2008, „dessen reizvolle Motive vielleicht als Anregung für die Planung eines zweiten MV-Besuch dienen können.“

Die studierte Soziologin und Politologin war bereits in Stuttgart, Freiburg und Heidelberg für das US-Verteidigungsministerium tätig. Sie organisierte auch den Umzug der US-Botschaft von Bonn nach Berlin, arbeitete 1997 bis 2001 bei der US-Mission bei der UNO in Genf und leitete zuletzt als Direktorin die Wiederaufbau-teams der US-Botschaft in Kabul/Afghanistan.

## Kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger?



### Pro

**Barbara Borchardt**  
Europa- und rechtspolitische Sprecherin  
der Fraktion DIE LINKE

### Kontra

**Wolf-Dieter Ringguth**  
Innenpolitischer Sprecher  
der CDU-Fraktion



Von der LINKEN dazu eindeutig ein JA.

Für uns bedeutet Integrationspolitik, Menschen unabhängig von ihrer Herkunft eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Leben zu ermöglichen. Wir sind ein Einwanderungsland. Es entspricht dem Prinzip der Menschenwürde, dass Menschen ihre Lebensverhältnisse unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit mitbestimmen können. Ausländerinnen und Ausländer, die hier ständig leben und arbeiten und nicht unbeträchtlich zur Lebensqualität der gesamten Bevölkerung beitragen, müssen auch am politischen Prozess teilhaben können.

Deshalb ist es nicht zu begreifen, warum Drittstaatenangehörige, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, von der politischen Mitgestaltung ausgeschlossen sind. Die Frage des Lebensmittelpunktes muss ausschlaggebend sein – und nicht die Frage des Passes. Wenn von diesen Menschen gefordert wird, dass sie sich bestimmten Spielregeln unterwerfen, dann sollen sie zugleich ihr unmittelbares Umfeld in den Gemeinden und Kommunen mitbestimmen dürfen, das heißt zum Beispiel über Kitas, Schulen, kulturelle Aktivitäten, Arbeitsplatzmöglichkeiten – alles das, was im Alltag wichtig ist.

Das Wahlrecht ist ein Recht, das ihnen in einem demokratischen Land zustehen muss. Dies wäre ein wichtiger Teil der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, der längerfristig auch zur Zurückdrängung von Rassismus beitragen kann. Und Rassismus ist bekanntermaßen ein Einfallstor für rechtsextremistische und neonazistische Ideologie.

Wir meinen: Wer länger als fünf Jahre hier lebt, soll – zunächst – auf kommunaler Ebene wählen, auf den Listen der Parteien kandidieren und gewählt werden können. Welchen Streit gab es seinerzeit um das kommunale Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und -Bürger! Seit 1992 wissen alle, dass sich das kommunale Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und -Bürger bewährt hat. Das gilt auch dort, wo die Drittstaatenangehörigen bereits das Wahlrecht haben, und das betrifft immerhin 16 EU-Staaten.

Menschen aufzunehmen und sie wahrnehmen, heißt immer auch, sich auf sie einzulassen und zu akzeptieren, wie sie sind in Herkunft, Sprache und Kultur. Das heißt auch, jemanden teilnehmen zu lassen. Nur wer eingebunden ist und für sich selbst Perspektiven entwickeln kann, wird sich auch mit dieser – seiner – Gesellschaft identifizieren.

Im Moment nicht!

Vor der Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatenangehörige muss die auf der Bundesebene anstehende Erforderlichkeitsprüfung abgeschlossen sein. Die Koalitionspartner in Berlin haben im Koalitionsvertrag eine Prüfung vereinbart, die Aufschluss darüber geben soll, ob die Einführung des Kommunalwahlrechts für alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer tatsächlich deren Integration in unsere Gesellschaft fördert. Es gilt der Grundsatz, die Verleihung des Wahlrechts ist die Folge guter Integration und steht nicht am Anfang eines Integrationsprozesses. Im Idealfall steht am Ende dieses Prozesses die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft verbunden mit der Zuerkennung des Wahlrechts. Wir wenden uns damit in keiner Weise gegen die

Integration von Migrantinnen und Migranten. Integration ist wichtig und dient auch der aufnehmenden Gesellschaft.

Die für die Einführung des Kommunalwahlrechts für Drittstaatenangehörige notwendige Grundgesetzänderung darf keinesfalls leichtfertig erfolgen! Das Grundgesetz geht davon aus, dass das Wahlrecht, durch dessen Ausübung das Volk die ihm zukommende Staatsgewalt wahrnimmt, die Eigenschaft als Deutscher voraussetzt. Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 GG bestimmt, dass das Staatsvolk der

Bundesrepublik Deutschland Träger und Subjekt der Staatsgewalt ist. Das Staatsvolk wird nach dem Grundgesetz von Deutschen im Sinne des Artikels 116 GG gebildet. Dieser Grundsatz gilt über Artikel 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 GG auch für die Landes- und Kommunalebene.

Damit ist keine Ungleichbehandlung von Migrantinnen und Migranten aus EU- und Nicht-EU-Ländern verbunden. Die Privilegierung von Unionsbürgern beruht auf dem EG-Vertrag und dient der Integration innerhalb der Europäischen Union. Die Integration von Drittstaatenangehörigen in unsere Gesellschaft ist ein davon zu unterscheidender Sachverhalt. Auch in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger höchst unterschiedlich ausgestaltet.

Letztlich ist es schon jetzt allen in der Bundesrepublik lebenden Migrantinnen und Migranten nach § 47 Aufenthaltsgesetz gestattet, sich politisch zu engagieren. Die sich aus dieser Regelung ergebenden Möglichkeiten müssen zuerst genutzt werden!

---

**In Deutschland lebende EU-Bürger besitzen seit 1992 das passive und aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen. In 16 anderen EU-Staaten ist das kommunale Wahlrecht auch für langjährig in Deutschland lebende Ausländer aus Nicht-EU-Staaten gesetzlich verankert. Einen Antrag der LINKEN, auch in Deutschland das Kommunalwahlrecht entsprechend zu ändern, debattierte der Landtag am 14. November.**

---



## Kita-Förderung

### Anhörung im Finanzausschuss

**Der Finanzausschuss hat sich im Rahmen seiner Beratungen zum geplanten Haushalt 2008/2009 mit der finanziellen Situation von Familien mit Kindern im Land beschäftigt. Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung am 7. November hat der Ausschuss Sachverständige aus Forschung, Kirchen, Vereinen und Verbänden zum gegenwärtigen Stand der Kindertagesstättenförderung und zu möglichen Verbesserungen der Betreuung und Bildung von Kindern in den Vorschuleinrichtungen befragt.**



In Mecklenburg-Vorpommern werden 97 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen in Kindertageseinrichtungen betreut. Von den unter Dreijährigen besuchen rund 35 Prozent eine Kindertageseinrichtung.

Die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Familien mit Kindern hat in den vergangenen Jahren erschreckende Ausmaße angenommen – mehr als 2,5 Millionen Kinder bundesweit sind von Sozialhilfe betroffen. Die daraus resultierenden Folgen sind nicht nur finanzieller und gesundheitlicher Art, sondern wirken sich auch auf die Bildungschancen dieser Kinder aus. Gute Bildung – schon vom Kleinkindalter an – ist aber ein Mittel, der mitunter von Generation zu Generation weitergegebenen Armut zu entkommen.

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Förderung der vorschulischen Bildung und Erziehung auszubauen sowie die Eltern bei den Kosten für die Kindertagesbetreuung zu entlasten. Das Land stellt im kommenden Haushalt einen Zuschuss zur Förderung von

Kindern in Kindertageseinrichtungen bereit; der Bund wird sich ergänzend an den Kosten beteiligen.

Wie die Kinder und Eltern im Land unterstützt werden, dazu gab es zum Zeitpunkt der Anhörung in der Koalition unterschiedliche Überlegungen: Befreiung der Eltern von den Beiträgen im letzten Kindergartenjahr oder Bezuschussung des Mittagessens in den Einrichtungen. \*

Bei der Anhörung sprachen sich die Sachverständigen geschlossen für die Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes aus. Sie forderten, dass die angedachte Unterstützung der Eltern und Kinder bei den Beitrags- oder Essenskosten nicht zu Lasten der Förderung der frühkindlichen Bildung in

die Verkleinerung der Gruppen auf höchstens 15 Kinder pro Betreuer, die Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher und der Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren mit Bildungsangeboten für Eltern und Kinder. Hierfür müsse mehr Geld als bisher zur Verfügung gestellt werden.

Die Sachverständigen machten ferner deutlich, dass die Fördermaßnahmen des Landes in jedem Fall bei den Kindern ankommen müssen. Landeszuschüsse für das Mittagessen kämen allen Kindern gleichermaßen zugute, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Die Reduzierung der Elternbeiträge im letzten Kindergartenjahr dagegen würde nur solche Eltern entlasten, die Elternbeiträge auch zahlten. Die Elternbeiträge sozial schwacher Familien übernehmen bereits die Träger der örtlichen Jugendhilfe, so dass diesen Familien mit einer Beitragsenkung nicht geholfen wäre, so einhellig die befragten Experten.

(\*Am 21.11.2007 haben sich die beiden Regierungsparteien SPD und CDU darauf geeinigt, dass Kinder, deren Eltern von Sozialleistungen leben, künftig in Kindertageseinrichtungen kostenfreies Mittagessen bekommen. Gleichzeitig sollen die Elternbeiträge im letzten Kindergartenjahr sozial gestaffelt gesenkt werden.)

## Schuldnerberatung

Experten im  
Finanzausschuss gehört

**Der Finanzausschuss hat am 7. November eine weitere öffentliche Anhörung durchgeführt und Sachverständige aus den Bereichen Wohlfahrtspflege, Schuldnerberatung, Verbraucherzentrale, Arbeitslosenverband, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landkreistag und Städte- und Gemeindetag zur Förderung der Wohlfahrtsverbände und Finanzierung der Schuldnerberatung in Mecklenburg-Vorpommern befragt.**

Die Sachverständigen wiesen unter anderem darauf hin, dass die bisherige Förderpraxis des Landes ungenügend, sie gar zurückgegangen sei. Die Beratungsstellen liefen damit Gefahr, ihre Arbeit trotz der gestiegenen Nachfrage nach Beratungs- und Hilfeleistungen einstellen zu müssen, weil sie zunehmend aus eigenen Mitteln die Beratungsstrukturen im Land nicht mehr aufrechterhalten können. Zwei Schuldnerberatungs-

stellen seien akut von der Schließung bedroht. Die Überschuldung privater Haushalte sowie die Zahl der Hartz-IV-Empfänger haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Schnelle Beratung und Hilfe für die betroffenen Menschen im Land seien wegen der langen Wartezeiten nicht möglich, aber dringend erforderlich, weil sich ansonsten die Situation der Betroffenen weiter verschärfe. Die erhöhte Arbeitsbelastung in den Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen gehe letztlich auch zu Lasten der allgemeinen Sozialberatung. Es fehle an Beratern und entsprechenden Arbeitsverträgen, die eine effektive Beratungstätigkeit ermöglichen würden. Die Sachverständigen sprachen sich für eine Fortsetzung und Aufstockung der bisherigen Landesförderung, eine vollständige Personalförderung und eine Absenkung des Einwohnerschlüssels pro Berater in der Richtlinie zur Schuldnerberatung aus.

Die Abgeordneten werden die Stellungnahmen aus beiden Anhörungen im Ausschuss und in ihren Fraktionen weiter erörtern und in die Beratungen zum Landeshaushalt einbeziehen.

## Petitionsausschuss vor Ort

Ortstermine helfen bei Bürgerbeschwerden

**Gemäß Petitions- und Bürgerbeauftragten-gesetz kann der Petitionsausschuss zur Klärung von Sachverhalten Ortsbesichtigungen vornehmen. Von dieser**



Barbara Borchardt, Vorsitzende des Petitionsausschusses (r.), prüft mit ihren Parlamentarierkollegen eine Bürgerbeschwerde vor Ort.

**Möglichkeit hat der Ausschuss im Jahr 2007 bisher neunmal Gebrauch gemacht. Wie die Vorsitzende des Petitionsausschusses Barbara Borchardt betont, „sind gerade diese Beratungen für alle Beteiligten sehr hilfreich, weil im Gespräch und – im wahrsten Sinne des Wortes – angesichts der Problematik häufig Kompromisslösungen gefunden werden, die am grünen Tisch undenkbar erscheinen.“**

Eine Ortsbesichtigung, die zu einer erfolgreichen Lösung für die Petenten führte, fand im April in Liepgarten statt. Dort überzeugte sich der Petitionsausschuss von den Schäden, die durch eine Fledermauskolonie entstanden waren, die sich in einem Wohnhaus angesiedelt hatte. Da die Fledermäuse zu einer streng geschützten Art gehörten, war der betroffenen Familie zunächst untersagt worden, die Tiere zu vertreiben. Im Ergebnis der Ortsbesichtigung und nach weiteren Gesprächen im Petitionsausschuss konnte erreicht werden, dass die Fledermäuse umgesiedelt und den Bürgern Mittel zur Wiederherstellung ihres beschädigten Eigentums bereitgestellt wurden.

In Neubrandenburg, Biendorf und Plau am See machten sich die Abgeordneten vor Ort mit den Gründen vertraut, die zur Ablehnung von Bauanträgen geführt haben, und berieten mit den Verantwortlichen, welche Möglichkeiten die Bürger haben, ihre Bauvorhaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften umzusetzen.

Im Gespräch mit Vertretern der Stadt Waren/Müritz und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern im Juli wurde festgestellt, dass die Parkplätze für Menschen mit Behinderungen im Stadtzentrum insbesondere in den Sommermonaten nicht ausreichen. Es wurde festgelegt, in der Urlaubssaison zusätzliche Parkplätze für Menschen mit Behinderungen auszuweisen. Gleichzeitig werden in der Saison 2008 vier zusätzliche Ordnungskräfte die Ordnung und Sauberkeit kontrollieren und die Benutzung der Behindertenparkplätze überwachen.

Im Oktober informierte sich der Petitionsausschuss vor Ort

über die Absicht einer Gemeinde, einen Bebauungsplan zu erlassen. Dazu soll eine Waldfläche in Bauland umgewandelt werden. Die Abgeordneten haben sich mit der betreffenden Fläche und den insbesondere von der Gemeinde und deren Planer vorgebrachten Argumenten für die beabsichtigte Waldumwandlung vertraut gemacht. Nun ist es Aufgabe des Ausschusses, die Argumente für und gegen die Waldumwandlung gegeneinander abzuwägen sowie zu prüfen, ob die bereits vorliegenden Genehmigungen zu Recht erteilt und ob alle notwendigen Genehmigungen eingeholt worden sind.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Ortsbesichtigungen für den Petitionsausschuss wichtige Möglichkeiten sind, seinem von der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern gestellten Auftrag, die Bitten, Beschwerden und Vorschläge der Bürger zu bearbeiten, nachzukommen. Deshalb hat der Ausschuss seine nächsten Vor-Ort-Termine schon geplant. Sie werden in der Schweinemastanlage Medow und in der JVA Bützow stattfinden.

## Verwaltungsreform

Unterkommission gebildet

**Am 9. November 2007 fand die 12. Sitzung der Enquetekommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ statt. Das Innenministerium berichtete über den Sachstand zur „Erarbeitung allgemeiner Ziele sowie eines Leitbildes und daraus entwickelter Leitlinien zur Verwaltungsreform“. Nachdem das Kabinett am 27. November die Leitlinien und das Leitbild beschlossen hat, liegt die Vorlage nun dem Landtag vor und wird in der Enquete-Kommission beraten. Diese will dem Landtag zum März 2008 einen Zwischenbericht vorlegen.**

Dieser Zwischenbericht soll eine Grundlage für einen Beschluss im Plenum sein, der die Weichen für die anstehende Ausarbeitung von Gesetzen zur Verwaltungsreform stellen soll. Auch für die künftigen kommunalen Strukturen werden damit die Grundsatzentscheidungen getroffen. Gleichzeitig mit den nächsten Landtagswahlen 2011 sollen dann die ersten Kreistage der neuen Landkreise gewählt werden. Dafür soll die Wahlperiode der 2009 turnusgemäß zu wählenden Kreistage durch ein Vorschaltgesetz verkürzt werden. Im Jahr 2014 sollen dann die Wahlen aller



kommunalen Vertretungskörperschaften wieder zusammen erfolgen.

Schwerpunkt der Kommissions-Sitzung am 9. November war die Einrichtung einer Unterkommission auf Vorschlag von Wolfhard Mol Kentin, Mitglied der Enquetekommission und Landrat des Landkreises Nordvorpommern. Die Bildung von Unterkommissionen ist in § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquetekommissionen (EKG M-V) geregelt. Danach kann die Enquetekommission beschließen, aus den Reihen ihrer Mitglieder Unterkommissionen zu bilden.

Demgemäß wurde in der Enquetekommission beschlossen, dass jede Fraktion ein Mitglied in die Unterkommission entsenden soll. Zudem sind auf Vorschlag der kommunalen Landesverbände zwei Vertreter aus deren Geschäftsstellen und zwei kommunalpolitische Praktiker als ständige Gäste beteiligt. Die Unterkommission soll unter anderem anhand des Abschlussberichtes der Interministeriellen Arbeitsgruppe Funktionalreform und deren Sondervoten überprüfen, welche Landesaufgaben auf die Kommunen übertragen werden können. Dazu sollen in einem ersten Schritt die Ministerien um Stellungnahme gebeten werden, inwieweit aus ihrer Sicht gegenüber dem bereits im September 2003 erstellten Abschlussbericht abweichende Aufgabenübertragungen vorgeschlagen werden. Anschließend soll die Unterkommission gemeinsam mit Vertretern der Ministerien über die strittigen Aufgabenübertragungen beraten. Außerdem will die Unterkommission gemeinsame Standpunkte zur Konnexität, zum Personalübergang und zum geeigneten Zeitpunkt für eine Funktionalreform beraten.

## Mitglieder der Unterkommission

Heinz Müller (SPD)  
 Renate Holznagel (CDU)  
 Gabriele Mestan (DIE LINKE)  
 Hans Kreher (FDP)  
 Michael Andrejeweski (NPD)  
 Arp Fittschen, Referent Städte- und Gemeindetag M-V  
 Jan Peter Schröder, Geschäftsführer Landkreistag M-V  
 Thomas Beyer, Senator Hansestadt Wismar (über Städte- und Gemeindetag)  
 Thomas Disterheft, Beigeordneter Landkreis Demmin (über Landkreistag)

## Die Ausschüsse des Landtages

### Petitionsausschuss

Vorsitzende: Barbara Borchardt DIE LINKE  
 Stellv. Vorsitzende: Angelika Peters SPD  
 Ausschusssekretariat  
 Telefon: 0385 / 525-1510

### Innenausschuss

Vorsitzender: Dr. Norbert Nieszery SPD  
 Stellv. Vors.: Wolf-Dieter Ringguth CDU  
 Ausschusssekretariat  
 Telefon: 0385 / 525-1520

### Europa- und Rechtsausschuss

Vorsitzender: Detlef Müller SPD  
 Stellv. Vorsitzender: Sebastian Ratjen FDP  
 Ausschusssekretariat  
 Telefon: 0385 / 525-1530

### Finanzausschuss

Vorsitzende: Angelika Gramkow DIE LINKE  
 Stellv. Vorsitzender: Mathias Löttge CDU  
 Ausschusssekretariat  
 Telefon: 0385 / 525-1540

### Wirtschaftsausschuss

Vorsitzender: Jochen Schulte SPD  
 Stellv. Vorsitzender: Wolfgang Waldmüller CDU  
 Ausschusssekretariat  
 Telefon: 0385 / 525-1550

### Agrarausschuss

Vorsitzender: Matthias Lietz CDU  
 Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Fritz Tack DIE LINKE  
 Ausschusssekretariat  
 Telefon: 0385 / 525-1560

### Bildungsausschuss

Vorsitzende: Ilka Lochner-Borst CDU  
 Stellv. Vorsitzender: Torsten Koplin DIE LINKE  
 Ausschusssekretariat  
 Telefon: 0385 / 525-1570

### Verkehrsausschuss

Vorsitzender: Egbert Liskow CDU  
 Stellv. Vorsitzender: Dr. Gerd Zielenkiewitz SPD  
 Ausschusssekretariat  
 Telefon: 0385 / 525-1580

### Sozialausschuss

Vorsitzender: Ralf Grabow FDP  
 Stellv. Vorsitzende: Martina Tegtmeier SPD  
 Ausschusssekretariat  
 Telefon: 0385 / 525-1590

## Karin Strenz rückt nach



Karin Strenz

Die CDU-Abgeordnete Kerstin Fiedler-Wilhelm hat zum 31. Oktober 2007 ihr Landtagsmandat niedergelegt. Sie übernahm die Leitung der Landesvertretung in Berlin.

Listennachfolgerin für sie ist Karin Strenz. Sie gehört dem Landtag seit dem 5. November 2007 an. Karin Strenz, war bereits in der 4. Wahlperiode in den Landtag gewählt worden. Bei der Landtagswahl 2006 hatte sie zunächst nicht den Sprung ins Parlament geschafft.

Karin Strenz wird als ordentliches Mitglied im Petitionsausschuss arbeiten sowie als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und im Ausschuss für Verkehr, Bau und Landesentwicklung.



Am 28. November wurde wie in jedem Jahr vor dem Schweriner Schloss ein prächtiger Weihnachtsbaum aufgestellt. Diesmal ist es eine 14 Meter hohe Blaufichte aus Lassahn bei Zarrentin (Landkreis Ludwigslust). Dort wuchs sie seit 35 Jahren in einem privaten Garten und war so groß geworden, dass sie mit ihren Wurzeln die Fundamente des Hauses gefährdete. Deshalb musste sie gefällt werden. Am Ende ihres Baumlebens schmückt sie nun das Hauptportal des Schlosses und erfreut vor allem abends im Glanz von rund 150 Lichtern Einwohner, Abgeordnete, Landtagsmitarbeiter und Touristen gleichermaßen.



Julia Taube, Katharina Misgajski, Lisa Farin, Hannes-Peter Dietrich und Lisa Vergils (v.l.) vom Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium Bergen forschten zum „Urlaub auf Rügen in der DDR“.

## Zeitensprünge

Jugendliche erforschen Geschichten und Geschichte ihrer Region

**Auch in diesem Jahr haben sich Hunderte Jugendliche aus Mecklenburg und Vorpommern im Rahmen des Programms „Zeitensprünge“ auf eine geschichtliche Spurensuche begeben und die großen und kleinen Geschichten ihres Heimatortes, ihrer Region oder auch ihrer Familie erforscht. Beim 3. Jugendgeschichtstag am 22. November präsentierten die Schülerinnen und Schüler ihre Projekt-Ergebnisse im Schweriner Schloss.**

In insgesamt 33 Projekten haben über 300 Kinder und Jugendliche Geschichte in ihrer Region erforscht. So haben zum Beispiel Schüler aus Groß Schwiesow die Geschichte ihres Dorfes vor und nach der Wende erforscht. Junge Leute aus Ribnitz-Damgarten recherchierten das Schicksal der beiden letzten Ribnitzer Jüdinnen, die am 11. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert wurden. Jugendliche mit Migrationshintergrund aus Ducherow schrieben über ihre Familien und gestalteten eine Ausstellung, die Vorurteile abbauen und die interkulturelle Verständigung fördern soll.

„Besonders beeindruckt hat mich die Vielfalt der Ideen und Forschungsthemen“, sagte Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel beim abschließenden Empfang des Landtages für die „Zeitenspringer“ in Schloss-Café. Sie würdigte das Engagement der Schüler, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit extremistischem Den-



Bei einem Empfang des Landtages zum Abschluss des Jugendgeschichtstages würdigte Vizepräsidentin Renate Holznagel das Engagement der Jugendlichen. Hier gratuliert sie Sarah Drews von der Regionalen Schule Krakow am See, die beim Zeitensprünge-Quiz den ersten Preis gewonnen hat.

ken und Handel. „Es ist wichtig, dass sich gerade jungen Menschen mit der Geschichte in ihrer Region, ihrer Heimat, auseinandersetzen“, betonte sie. „Unsere Geschichte ist im Kleinen wie im Großen voller Widersprüche. Wo wir uns intensiv mit der Vergangenheit befassen, hilft uns dies, die aktuellen Entwicklungen in unserem Land bewusster wahrzunehmen.“ So verstanden, schütze gerade die Arbeit in den Zeitensprünge-Projekten auch vor dem Heroinfallen auf die Parolen von Extremisten.

[www.zeitenspruenge.org](http://www.zeitenspruenge.org)

Die Jugendlichen und Betreuerinnen des Stolpersteine-Projekts Schwerin gemeinsam mit Landtags-Vizepräsident Andreas Bluhm bei der Spendenübergabe.

## Erinnerungsarbeit

Landtag unterstützt Stolpersteine

**Zur Unterstützung des Erinnerungsprojektes „Stolpersteine“ übergab Vizepräsident Andreas Bluhm am 27. November 1000 Euro aus dem Erlös der Landtags-Weihnachtsfeier 2006 an das „Stolpersteine-Projekt“ des Schweriner Jugendring e.V. und des Gymnasiums Fridericianum Schwerin.**

Mit dieser finanziellen Unterstützung wolle der Landtag die Fortsetzung dieses Projekts unterstützen, sagte Bluhm. Er freue sich sehr, dass junge Leute im ganzen Land an diesem Projekt mitwirken und in vielen Orten dafür sorgen, dass die Schicksale von Opfern der Nazi-Diktatur nicht vergessen werden. Dies sei zugleich eine überzeugende Werbung für Menschlichkeit, Toleranz und demokratisches Miteinander, betonte Bluhm. In Schwerin wurden bisher 30 Stolpersteine verlegt, dafür hatten die Schülerinnen und Schüler die Schicksale von 30 Menschen recherchiert, die in Schwerin lebten und von den Nazis verfolgt, vertrieben oder in Konzentrationslager verschleppt wurden.

Initiator der Aktion ist der Kölner Künstler Gunter Demnig. Die Stolpersteine erinnern an Opfer des Nationalsozialismus. Sie werden vor den ehemaligen Wohnhäusern verlegt und durch Spenden finanziert. „Je mehr Steine verlegt und zu sehen sind, umso größer ist das Interesse, Geschichte nicht dem Vergessen anheim zu geben“, erklärt Demnig seine Idee. Mittlerweile gibt es Stolpersteine in über 200 deutschen Städte – allein München hat hierfür die Genehmigung verwehrt. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es Stolpersteine in Lübbtheen, Parchim, Pasewalk, Stralsund, Garz / Rügen und Schwerin.

[www.stolpersteine.com](http://www.stolpersteine.com)





## Ein anderes Israel entdecken

Jugendprojekttag im Schweriner Schloss

**„Israel anders kennen lernen“ – so lautete der Titel des Projekttag im Schweriner Schloss, zu dem die israelische Botschaft, der Landtag und das Bildungsministerium am 12. November Schülerinnen und Schüler aus dem ganzen Land eingeladen hatten. 170 16- bis 18-Jährige aus 15 Schulen waren der Einladung gefolgt und erlebten einen informativen, spannenden und auch unterhaltsamen „Unterrichtstag“ der besonderen Art.**

„Was wissen wir, was wissen Sie, liebe Schülerinnen und Schüler, von Israel?“, fragte Landtags-Vizepräsident Hans Kreher zum Auftakt des Israel-Projekttag. Das Bild in den Medien sei vor allem geprägt durch Raketenangriffe, Bombenexplosionen in Bussen und Bahnen, Korruptionsvorwürfe. Wie jedoch das Leben in Israel aussehe, wie die Menschen alltäglich leben, was junge Israelis denken und wovon sie träumen – das wüssten wohl die wenigsten. Kreher forderte die Schüler auf, die Chance zur Information, die dieser Projekttag biete, ausgiebig zu nutzen, um möglichst viel über Israel zu erfahren und ihre Sicht auf dieses Land zu erweitern. Er bedankte sich bei der israelischen Botschaft für die Initiative und die Organisation dieses Projekttag.

In Vorbereitung auf das Projekt hatten die Jugendlichen Gelegenheit, sich für einen von vier Workshops zu entscheiden. Im Seminar „Musik und Film aus Israel“ präsentierte Botschaftsrat Joël Lion, Stellvertretender Leiter der Europa I Division im israelischen Außenministerium, anhand von Musik- und Kurzfilmausschnitten eine ganze Bandbreite israelischer Kompositionen und Filme. „Real Life in Israel“ war der Workshop mit Maor Shani überschrieben. Der israelische Student erzählte, wie Jugendliche in seiner Heimat aufwachsen und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede es zwischen israelischen und deutschen Jugendlichen gibt. Um die Rolle der Armee in Israel ging es im Seminar „ZAHAL – Eine andere Perspektive“. Maya Hadar, First Lieutenant, stellte die verschiedenen Facetten der Armee dar und erläuterte insbesondere die gesellschaftlichen Aufgaben der israelischen Streitkräfte. „Aspekte der jüdischen Religion“ schließlich erklärte Rabbiner Dov-Levy Barsilay, Landesrabbiner der Jüdischen Gemeinde in Hamburg. In vereinfachter Weise stellte er die Grundprinzipien der jüdischen Religion, deren Riten, Feste und Sitten dar.

Die erste Gesprächsrunde am Nachmittag hielt dann eine Überraschung für die Jugendlichen bereit: Der Schauspieler André Kaminski, den meisten aus der Vorabendse-

rie „Alles was zählt“ bekannt, erzählte über sein Verhältnis zu Israel. Das kam gut an, denn der 22-Jährige lebt als Jude in Deutschland, besucht aber mehrmals im Jahr seine Verwandten in Israel und konnte deshalb den Zuhörern sehr authentisch ein Bild vom Alltag in Israel vermitteln und das Leben in beiden Ländern vergleichen. Durch sein sympathisches, kluges und glaubwürdiges Auftreten hat er wohl entscheidend dazu beigetragen, das Anliegen des Projekttag umzusetzen.

Im abschließenden Gespräch mit dem Gesandten des Staates Israel Ilan Mor und dem Bildungsminister von Mecklenburg-Vorpommern Henry Tesch wurde die Hauptbotschaft des Tages noch einmal nachdrücklich untermauert: Bei den Beziehungen zwischen Deutschland und Israel ist das Thema Holocaust immer präsent – aber gerade das ist für beide Seiten Verpflichtung, die Zusammenarbeit zu vertiefen und das gegenseitige Kennenlernen zu fördern. Der Projekttag war für alle Beteiligten ein wichtiger Anstoß dafür.

### Meinungen

**Nadja Schlaghecke**  
Lehrerin für Philosophie und Geschichte  
am Pädagogium Schwerin

Einen solchen Projekttag halte ich für sehr gut, um Vorurteile zu Israel abzubauen. Meinen Schülern hat gefallen, dass die Gesellschaft in Israel relativ ausgeglichen zu sein scheint. Man schaut, dass es jedem gut geht. Im Seminar „Zahal“ haben wir erfahren, welchen Stellenwert die Armee in Israel hat. Die Aufgaben gehen weit über die Verteidigung hinaus. Die Armee ist auch eine soziale Institution, um Bildung und Beruf für junge Menschen zu gewährleisten. Einer meiner Schüler war im Seminar über die jüdische Religion. Er selbst ist Christ und meint, er habe viel gelernt über die jüdische Religion. Besonders gelungen fand ich das Gespräch mit dem jungen Schauspieler. Er steht den Jugendlichen viel näher und spricht sie auf ihrer Ebene an. Das schafft eine ganz andere emotionale Beziehung zum Thema.



I-Tüpfelchen im Programm: Ein handsigniertes Foto von André Kaminski. Der 22-Jährige, den Jugendlichen aus der Vorabendserie „Alles was zählt“ bekannt, ist Jude und erzählte über sein Verhältnis zu Israel und das Alltagsleben in dem Land, in dem ein Teil seiner Familie lebt.

**Benedict Hane, Chicago**  
Fremdsprachenassistent  
am Pädagogium Schwerin

Ich fand die Veranstaltung sehr gut. Ich war in dem Workshop Alltagsleben in Israel. Mir hat gefallen, dass Maor Shani so viele Medien genutzt hat. Mir wurde bewusst, wie lebendig die Kultur dort ist. Es ist eigentlich nicht viel anders als hier in Deutschland oder in Amerika. Das Gespräch mit André Kaminski war auch sehr gut. Ich glaube, das bringt die Schüler mehr rein in das Thema.

**Peer Klüßendorf**  
Käthe-Kollwitz-Gymnasium Rostock

Ich finde, dass so ein Projekttag eine sehr schöne Sache ist, weil man sonst in der Schule wenig Gelegenheit hat, über Israel mehr zu erfahren. Vor allem das Gespräch mit André Kaminski war wirklich super gut. Er hat sehr interessante und aufschlussreiche Antworten gegeben, so dass sich mein Bild, wenn auch nicht verändert, aber ein bisschen gefestigt hat. Im Workshop „Zahal“ fand ich die Rolle des Militärs etwas einseitig dargestellt. Das hätte ich mir ein bisschen differenzierter gewünscht.

**Gesa Asmussen**  
Ernst-Barlach-Gymnasium Schönberg

Ich finde das Projekt sehr interessant. Ich wusste eigentlich nicht sonderlich viel über Israel, über das Judentum auch nicht wirklich. Ich war in dem Workshop über die Armee. Da war viel Interessantes für mich dabei. Man konnte Maya gut verstehen – sie hat ja englisch gesprochen. Ich werde wahrscheinlich einen Artikel für die Schülerzeitung über den Israeltag im Landtag schreiben.

## Gedenken am Volkstrauertag

Vizepräsidentin Renate Holznagel nahm als Repräsentantin des Landtages an der Gedenkstunde zum Volkstrauertag, die der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge am 18. November auf dem Golm ausgerichtet hat, teil. „Der Volkstrauertag dient dem Gedenken an alle Kriegstoten und Opfer der Gewaltherrschaft und ist Mahnung zur Versöhnung, Verständigung und zum Frieden“, sagte sie vor den rund 400 Teilnehmern. Sie erinnerte insbesondere an die Opfer der Gewaltherrschaft von 1933 bis 1945. „Die deutsche nationalsozialistische Diktatur hat zu einer unbeschreiblichen Zerstörung Europas geführt“, betonte die Parlamentarierin. Die rechtsextremistischen, menschenverachtenden Ideologen hätten Millionen Menschen vernichtet, sie hätten Familien zerstört und einen wesentlichen Bestandteil der deutschen Kultur für immer vernichtet. Deshalb sei es kaum zu begreifen, dass trotzdem heute wieder Demagogen versuchten, mit platten Parolen und Fremdenfeindlichkeit die demokratische Gesellschaft zu bekämpfen, sagte Holznagel. „Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Feinde jeder Menschlichkeit wieder das Schicksal Deutschlands bestimmen“, mahnte sie.

## Britischer Diplomat im Landtag



Am 12. November stattete der Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, S. E. Sir Michael Anthony Arthur (l.), dem Landtag seinen Antrittsbesuch ab. Nachdem er vom 3. Vizepräsidenten des Landtages, Hans Kreher (r.), begrüßt wurde, trug er sich ins Gästebuch ein. Kreher informierte den

18

Diplomaten über die politische Landschaft in Mecklenburg-Vorpommern sowie über zurückliegende und aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Landwirtschaft, Bildung und Werften. Das besondere Interesse des Botschafters galt dem demografischen Wandel im Land. Neben Ursachen für den Bevölkerungsrückgang wurden auch mögliche Lösungsansätze diskutiert, mit denen die Herausforderungen des Strukturwandels bewältigt werden könnten. Der Botschafter, der seit seinem Amtsantritt am 1. Oktober dieses Jahres das Land Mecklenburg-Vorpommern bereits zum dritten Mal bereiste, lobte die hohen Standards in den Bereichen der Verkehrsinfrastruktur sowie der natürlichen Lebensgrundlagen.

## DJ Ötzi ist Sternenpate

Ein Stern, der seinen Namen trägt – dies trifft auf niemanden Geringeres zu als DJ Ötzi, der als weiterer Prominenter eine Patenschaft für einen Stern der Schweriner Schlosskirche übernommen hat. Am 10. November überreichte Landtags-Vizepräsident Andreas



Bluhm dem bekannten Pop-Star das Sternen-Zertifikat. Er unterstütze diese originelle Spendenaktion sehr gern, sagte der österreichische Sänger und kaufte an Ort und Stelle gleich drei weitere Sterne für sein Team. Er versprach, bei seinem nächsten Auftritt in Schwerin im Frühjahr für die Konzertbesucher Sterne-Flyer auszuliegen und für die Aktion zu werben.

## Ausstellung in der CDU-Fraktion

Seit 2004 können Künstler aus Mecklenburg-Vorpommern ihre Werke in den Räumen der CDU-Landtagsfraktion präsentieren. Aktuell sind Arbeiten von Hartwig K. Neuwald und Willi Gottschalk zu sehen. Gottschalk (im Foto rechts) lebt und arbeitet seit 1998 in der alten Schule in Heidhof bei Dömitz. Bereits seit 1965 beschäftigte er sich mit unterschiedlichsten Techniken und Motiven. Mehr als 80 Ausstellungen und Ausstellungsbeteiligungen in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden zeugen ebenso wie Studienreisen nach

Skandinavien, in die Niederlande, nach Belgien, Frankreich und ans Mittelmeer von einem umfangreichen Schaffen. Neuwald, Mitglied des Pommerschen Künstlerbundes e. V., arbeitet als Dozent an der Graphik-Design-Schule und der Werkkunstschule Anklam und gründete 2005 die „Ahlbecker Malschule“. Werke des Künstlers befinden sich in Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Tschechien, Polen, Ungarn und den USA. Die Bilder beider Künstler sind bis zum 21. Januar 2008 zu sehen.



Harry Glawe (Bildmitte), Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion, die Abgeordnete Beate Schlupp (l.) und Fraktionsmitarbeiterinnen bei der Ausstellungsöffnung.



## Frische Artischocken und Karpfen blau

Das herzogliche Weihnachtsmenü ließ keine Wünsche offen

Die „stille Nacht“ wird im Schloss zu Schwerin alljährlich ziemlich wörtlich genommen. So ruhig wie Heiligabend geht es vermutlich an keinem anderen Tag auf der Schlossinsel zu. Das Parlament ist im wohlverdienten Weihnachtsurlaub, das Museum hat geschlossen genau wie auch das Schlossrestaurant. „Der 24. Dezember ist aber auch unser einziger Ruhetag im ganzen Jahr“, sagt Christian Messerschmidt, Inhaberin von Restaurant und Orangerie.

Zu herzoglichen Zeiten war das anders. Schließlich war das Schloss Wohnsitz der hochherrschaftlichen Familie, die wiederum zahlreiche Verwandte hatte – und die kamen alle zur Familienfeier. Herzog Christian Ludwig zu Mecklenburg hat die Kindheits-Erinnerungen an sein letztes Weihnachtsfest im Schweriner Schloss im Jahr 1917 in seiner Biografie festgehalten. Am Heiligabend also versammelten sich sämtliche Tanten

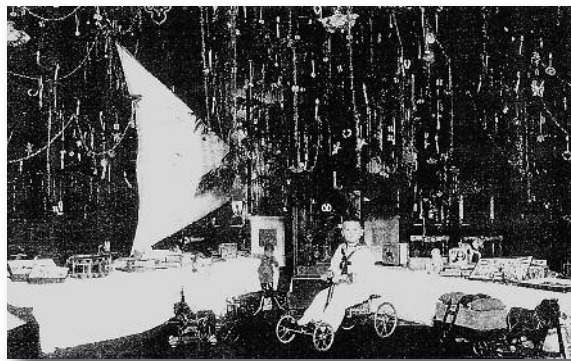
und Onkel aus der Umgebung – aus Wiligrad und Ludwigslust zum Beispiel – im Schloss. Am späten Nachmittag ging man gemeinsam zur Christmette über den Hof in die Schlosskirche. Anschließend war Bescherung im Thronsaal. Christian Ludwig, 1996 in Schleswig-Holstein gestorben, erinnert sich an überdimensionale Tannenbäume, die noch vor dem Neujahrsempfang aus den riesigen Fenstern in den Hof geworfen und dort entsorgt wurden. Und sogar noch an die Geschenke von 1917: Indianersachen für ihn und seinen Bruder – riesige Federhüte, Pfeil und Bogen, Tomahawks und Friedenspfeifen. Alles, was ein Jungenherz begehrt. Nach der Bescherung gab es das gemeinsame Abendessen. Dann ging man auseinander. Schließlich, so schreibt der herzogliche Spross, dauerte es mit dem Auto gut eine Stunde bis Ludwigslust.

„Weihnachten feierte man etwa ab Mitte des 19. Jahrhunderts“, sagt May Hempel, Historikerin von der Schweriner Ernst-Alban-Aka-

demie. „Ein Fest, das sich vom Prinzip in Bürger- und Adelsfamilien kaum unterschied.“ Bis auf die Tatsache, dass nicht jeder eine eigene Kirche für die Andacht und einen Thronsaal für die Bescherung zur Verfügung hatte! Der Ablauf aber blieb der gleiche. Selbst wenn man – wie Kornprinzessin Cecilie in ihren „Erinnerungen“ berichtet – es sich leisten konnte, Weihnachten in wärmeren Gefilden zu verbringen. Die Mecklenburger



Herzogstochter, 1886 geboren, eine Tante übrigens von Christian Ludwig, erlebte als Kind das Fest in der familieneigenen Villa in Cannes an der französischen Mittelmeerküste. Am Heiligen Abend ging es im „geschlossenen Landauer“ in die deutsche Kir-



che, dann folgte die Bescherung „im neuen Kleid mit seidenen Schuhen“. Die Frau, die 1905 den deutsch-preußischen Kronprinzen Wilhelm heiraten wird, erinnert sich an den mit Süßigkeiten geschmückten Tannenbaum

ihrer Kindheit: Bonbonnieren in allen Formen hingen daran, dicke Marzipanwürste, bunte Zuckerkugeln. Und unter dem Baum eine Marzipantorte mit der Ansicht des Schweriner Schlosses – hergestellt von der „Schweriner Konditorei Krefft“, in der Ferne eine Erinnerung „an die liebe Heimat“, wie Cecilie schreibt.

„Früher suchten meist Gouvernanten oder andere Untergebene die Geschenke aus“, sagt May Hempel. Sie hat im Landeshauptarchiv zum Beispiel eine Rechnung von 1868 mit einem Brief gefunden, in dem „der ganz ergebenst Unterzeichnete“ um die Rückerstattung von acht Talern bittet. Er hatte auf „Allerhöchsten Befehl“ als Weihnachtsgeschenk für Herzog Paul ein spezielles Gewehr „altdeutscher Form mit Radschloss“ anfertigen lassen. Für die fürstlichen Kinder, auch darauf weist eine Quittung hin, gab es „ein Paar Schlittengeläute nebst Haarbüschen“.

Wie reich oder arm die Familien auch gewesen sein mögen, das Ritual war immer das gleiche. „Das hat sich bis heute kaum geändert“, weist die Historikerin auf

Kontinuität beim Weihnachtsfest hin. Auch wenn das herzogliche Weihnachtsmenü von vor hundert Jahren recht exklusiv anmutet, wie der Speiseplan von 1907 zeigt. Heiligabend gab es Karpfen blau, Heringssalat und Ananas-Sahnespeise für die Herzogsfamilie und Kalbsbrust fürs Personal. Am ersten Weihnachtsfeiertag unter anderem „englische Austern, Perlhuhn und frische Artischocken“ für den Adel, immerhin Gänsebraten für die Angestellten. Und am folgenden Tag Schweinebraten fürs gemeine Volk, deftigen Hammelrücken, Schmorgurken und „Datteln auf Sultans Art“ für die Herrschaften.

Christien Messerschmidt und ihr Team servieren ein Jahrhundert später Traditionelles: Ente, Karpfen, Wild. Bratäpfel natürlich. Und Eisstollen. Denn schon am ersten und zweiten Weihnachtsfeiertag ist es mit der Ruhe im Schloss vorbei: Orangerie und Restaurant sind schon jetzt so gut wie ausgebucht.



Adressfeld für Abonnenten



# Landtags Nachrichten 2007